

Von Schülern und Meerschweinchen

Freie Schulwahl Lilo Lätzsch und Dieter Rüttimann streiten über die Zukunft unseres Schulsystems

VON MATTHIAS SCHARRER

Frau Lätzsch, was spricht gegen mehr Konkurrenz unter Schulen?

Lilo Lätzsch: Es gibt keine einzige Studie, die belegt, dass Konkurrenz die Schulen verbessert.

Dieter Rüttimann: Sicher kann man nicht sagen, dass die Schulen besser werden, wenn viele private Anbieter da sind. Man kann aber sagen: Wenn Schulen in kritische Situationen kommen, hat das günstige Effekte. Schulen, die von der Schliessung bedroht sind, sind zu ungeahnten Reformen fähig.

Lätzsch: Auch innerhalb des öffentlichen Schulsystems.

Rüttimann: Sogar innerhalb des öffentlichen Schulsystems! Ein bisschen Krise kann beflügelnd wirken.

Sind die Volksschulen zu reformunfähig?

Lätzsch: Die Volksschule ist ein Erfolgsmodell. Wir haben hervorragende Ergebnisse. Es gibt Dinge, die uns Sorgen bereiten, aber insgesamt ist die öffentliche Schule ein Erfolgsmodell.

Warum muss man dann etwas daran ändern?

Rüttimann: Gerade im Kanton Zürich reproduziert die Schule in extrem hohen Masse die soziale Herkunft. Der Schule gelingt es nicht, die Herkunft zu kompensieren. Da gibt es Systeme, die weitaus erfolgreicher sind. Bis Ende der 6. Klasse brauchen rund zwei Drittel der Schüler Stütz-, Förder- und andere sonderpädagogische Massnahmen. Im Gymnasium stammen nur zwei Prozent der Kinder aus der Unterschicht. Das zeigt, dass die Schule einige gröbere Probleme hat.

Machen die Privatschulen das besser?

Rüttimann: Dort werden deutlich weniger Stütz- und Fördermassnahmen benötigt. Von daher sind auch die Kosten geringer.

Lätzsch: Die Aussage, dass mehr als die Hälfte der Kinder sonderpädagogische Massnahmen braucht, ist falsch. 2008 wurden 34 Prozent der Schüler mit sonderpädagogischen Massnahmen unterstützt. Ein grosser Teil davon fällt unter Deutsch als Zweitsprache. Dies unter sonderpädagogische Massnahmen zu subsumieren, ist irreführend.

Rühren die Unterschiede also einfach daher, dass die Privatschulen weniger fremdsprachige Kinder haben?

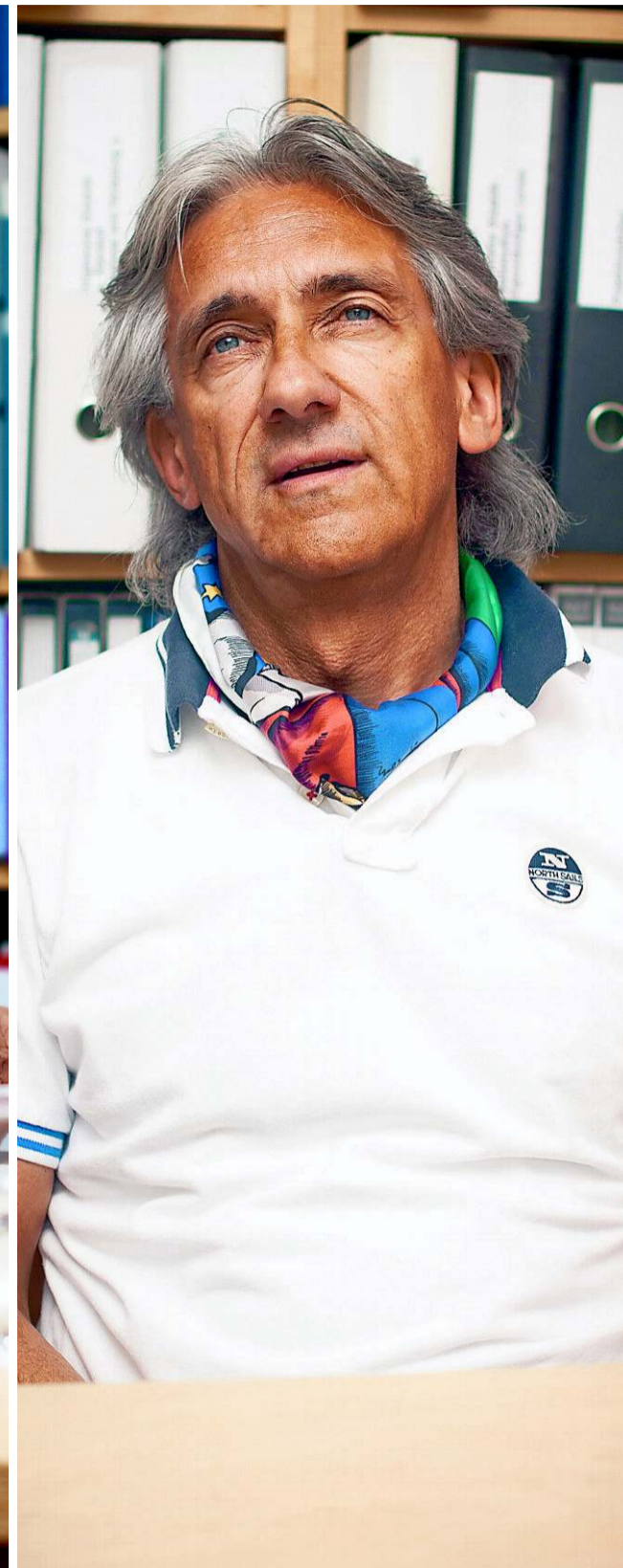
Rüttimann: Teilweise ist das richtig. Aber ich habe sonderpädagogische und andere Stütz- und Fördermassnahmen genannt. Daher kommen wir zu unterschiedlichen Zahlen. Wenn zwei Drittel der Schüler darauf angewiesen sind, ist das ein grosses Problem.

Lätzsch: In den Privatschulen ist die Aufgabenhilfe integrierter Bestandteil des Angebots. In den öffentlichen Schulen läuft das unter Stütz- und Fördermassnahmen.

Halten wir fest: Die Zahlen werden unterschiedlich interpretiert.

Lätzsch: Und halten wir fest: Den öffentlichen Schulen gelingt es tatsächlich nicht, die unterschiedlichen Startchancen auszugleichen. Aber inwiefern die freie Schulwahl dazu beitragen würde, kann ich nicht nachvollziehen.

Rüttimann: Das kann ich erklären. In einer deutschen Studie hat man Eltern befragt, inwiefern sie bei Schulschwierigkeiten auch Privatschulen in Betracht ziehen würden. Bisher hiess es immer, nur Eltern mit hohem Einkommen und Bildungshintergrund würden solche Schulen bevorzugen. Diese repräsentative Studie hat gezeigt, dass genauso viele Eltern aus bildungsfernen Schichten eine private Schule in Betracht ziehen



Die Abstimmung entzweit Lehrverbands-Präsidentin Lilo Lätzsch und Privatschulleiter Dieter Rüttimann. ABU

würden – wenn sie es denn bezahlen könnten.

Was bliebe von den spezifischen Merkmalen der Privatschulen übrig, wenn sie ebenfalls staatlich finanziert würden?

Rüttimann: Eine Schule mit privater Trägerschaft ist häufig kleiner – und flexibler, weil sie nicht fix finanziert ist. Wir würden uns ja bei einer Annahme der Initiative über die Anzahl Schüler finanzieren. Das heisst, wir sind in einer permanenten leichten Krisensituation. Wir müssen uns ge-

«Wir können den Tierarzt für das Meerschweinchen frei wählen, nicht aber die Schule für unsere Kinder.»

Dieter Rüttimann

genüber den anderen Schulen positionieren. Wenn wir genau dasselbe wie die anderen anbieten, gibts uns in zwei Jahren nicht mehr.

Würde die spezielle Profilierung der Privatschulen nicht eingeschränkt, wenn der Staat sie mitfinanziert?

Rüttimann: Das sehe ich überhaupt nicht so. Wir halten uns genauso wie die Volksschulen an den Lehrplan und an die Rahmenbedingungen. **Lätzsch:** Es ist gut, dass es die Privatschulen gibt. Aber es ist schon heute möglich, dass der Staat die Kosten übernimmt, wenn Schüler besondere Bedürfnisse haben und eine andere

Schule für diesen speziellen Fall richtig ist.

Der Zürcher Regierungsrat rechnet bei einer Annahme der Initiative mit Mehrkosten in Höhe von jährlich 70 Millionen Franken. Ist es legitim, so viel Geld für die freie Schulwahl auszugeben?

Lätzsch: Wenn der Staat das Geld hätte, fände ich es legitim. Kann man je genug Geld in das Bildungswesen stecken? Die grosse begründete Angst ist natürlich, dass das Geld dann an anderen Orten fehlen wird. Wir haben aktuell 130 000 Kinder im Kanton Zürich. Davon gehen etwa 5000 auf die Privatschulen. Wenn sich das verdoppelt, wären es 70 Millionen Franken für 5000 Kinder. Da fragt man sich schon, ob Aufwand und Ertrag in einem vernünftigen Verhältnis stehen.

Rüttimann: Im Moment herrscht die eklatante Ungerechtigkeit, dass Eltern über ihre Steuern die öffentlichen Schulen und dann noch über Schulgeld die Privatschulen finanzieren müssen!

Es zwingt sie ja niemand dazu ...

Rüttimann: Nein, aber wenn Sie ein Kind haben, das Schwierigkeiten hat, haben Sie unter Umständen keine andere Möglichkeit. Deshalb ist es eine Doppelbezahlung, und das ist ungerecht. Wir können heute den Tierarzt für das Meerschweinchen frei wählen, nicht aber die Schule für unsere Kinder. Für mich ist die freie Schulwahl eine Frage der Freiheit, der demokratischen Möglichkeiten. Rational gibt es keinen Grund, dass der Staat nicht auch Privatschulen finanziell ausstattet.

Was ist der Unterschied zwischen Schülern und Meerschweinchen?

Lätzsch: Ich bin froh, dass Schüler keine Meerschweinchen sind. Es gibt auch weniger Meerschweinchen und Tierarztpraxen. Wenn alle Schülerinnen und Schüler zum Beispiel in die Schule Unterstrass kommen wollten, hätten Sie ein erhebliches Problem: Welche würden Sie aufnehmen? **Rüttimann:** Es gibt bei einem Ja zur Initiative keine Auswahl von Schülerinnen und Schülern. Heute wirft man den Privatschulen ja immer vor, dass sie sich die Schüler aussuchen,

«Man kann nicht alle Wünsche erfüllen – auch nicht mit der freien Schulwahl.»

Lilo Lätzsch

die ihnen am besten passen. Das wäre dann natürlich nicht mehr möglich. Ich wollte auch nicht Kinder mit Tieren gleichsetzen. Wir können auch den Coiffeur als Beispiel nehmen.

Lätzsch: Aber es können auch nicht alle zum Starcoiffeur gehen. Der regelt das über den Preis.

Rüttimann: Sprechen wir lieber über Kinder. Ich will nur klarstellen: Es geht hier um liberal-demokratische Grundrechte. Ich halte es für ein Recht der Eltern, dass sie mitbestimmen dürfen, wo ihr Kind zur Schule geht.

Lätzsch: Es geht auch um ein begrenztes Angebot. Privatschulen haben schon heute Wartelisten.

Volkssentscheid am 17. Juni

Die Elternlobby Schweiz hat die Forderung nach freier Schulwahl schweizweit lanciert. Nachdem entsprechende Vorlagen in den Kantonen Baselland, St. Gallen und Thurgau klar scheiterten, kommt eine entsprechende Volksinitiative im Kanton Zürich am 17. Juni zur Abstimmung. Sie fordert die freie Schulwahl ab der vierten Klasse. Privatschulen sollen Anspruch auf Staatsgelder erhalten, je nachdem, wie viele Schüler sie haben. Kantons- und Regierungsrat empfehlen die Initiative zur Ablehnung. (MTS)

Rüttimann: Ja hoffentlich!

Lätzsch: Wo ist denn da die freie Schulwahl, wenn Ihre Schule längst nicht alle Kinder aufnehmen kann?

Rüttimann: Seien wir realistisch. Der Anteil der Privatschüler liegt seit etwa 150 Jahren bei sieben Prozent. Ich rechne damit, dass er bei einem Ja auf zehn Prozent ansteigt. Es gibt übrigens auch öffentliche Schulen mit Wartelisten. Zuerst wählen die Eltern die Schule am Wohnort, auch wegen des Schulwegs. Frau Lätzsch, Ihr Schreckensszenario wird nicht eintreffen. Doch es ist für mich absolut unverstänlich, dass Eltern ausgerechnet bei der Frage, wem sie ihre Kinder für lange Zeit anvertrauen, nichts zu sagen haben.

Lätzsch: Sie haben sehr viel zu sagen! Sie können sich erstens in der Schulbehörde engagieren. Zweitens räumen wir der Elternmitsprache im Rahmen des neuen Volksschulgesetzes einen hohen Stellenwert ein.

Rüttimann: Wenn es um die Wahl des Schulortes geht, ist die Freiheit gleich null.

Lätzsch: Das ist nicht wahr. Ich arbeitete an einem Ort, wo die Eltern aus drei Schulen auswählen können. Wenn immer möglich, versucht man, ihren Wünschen gerecht zu werden. Man kann aber nicht alle Wünsche erfüllen – auch nicht mit der freien Schulwahl.

Rüttimann: Ich sehe die Grautöne, nicht schwarz-weiss: Ein Stück mehr Freiheit, etwas mehr Gerechtigkeit ist möglich.

Mehr Gerechtigkeit?

Lätzsch: Gerecht ist die freie Schulwahl sicher nicht. Niemand wird eine Schule mit sehr vielen Schülern aus bildungsfernen Schichten wählen. Solche Schulen würden daher geschlossen. Wo sollen die Schüler dann hin?

Sie argumentieren defensiv, indem Sie sagen, die freie Schulwahl wäre nicht praktikierbar. Gibt es auch offensivere Gründe für den Erhalt des heutigen Schulsystems?

Lätzsch: Die öffentliche Schule ist, nachdem wir die Rekrutenschule faktisch abgeschafft haben, der letzte Ort, an dem man wirklich das Zusammenleben noch üben kann – der letzte integrative Ort. Alle drücken miteinander die gleiche Schulbank. Die Schule leistet einen wichtigen Beitrag zum Zusammenhalt der Gesellschaft. Das möchte ich auf keinen Fall aufgeben.

Rüttimann: Schulen mit privater Trägerschaft könnten das ebenso leisten. Die freie Schulwahl würde ein Stück weit dazu beitragen. Ich würde gerne im Zürcher Kreis 4 eine Privatschule eröffnen, und all die Kinder mit Migrationshintergrund könnten kommen, wenn diese Initiative angenommen würde.

Lilo Lätzsch ist Präsidentin des Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverbands. Sie unterrichtet an einer öffentlichen Schule im Stadtzürcher Schulkreis Limmattal.

Dieter Rüttimann ist Leiter der privaten Gesamtschule Unterstrass in Zürich und Dozent am Institut Unterstrass, das zur Pädagogischen Hochschule Zürich gehört.